

Heltefte Wiesbadener Zeitung

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Risselschtr. 11,
Bernstr. Nr. 6915 und 3916. — Anzeigenpreise: Die 34 mm breite Zeilen-
breite 60.3, die 92 mm breite Zeilenbreite 1.4; außerdem: 75.3 bzw. 4.4.
Ausland 2.— bzw. 6.— M. Neben u. Tarif, Sonderbeilagen 15 M pro 1000.

74. Jahrgang

Ein Nachklang zur Rheinlandsfahrt.

Die französische Regierung gegen die Reden
Fehrenbachs und Simons.

Bezüglich der kriegerischen Mieden Neurenbachs und Simons im Rheinland hat Leggues im Kammeranschuß erklärt, daß der französische Oberkommissar damit die verbündeten Regierungen beauftragt habe und sehr energische Vorstellungen in Berlin erhoben worden seien; falls ein ähnlicher Vorfall sich wiederhole, würden die energischen Maßnahmen ergriffen werden.

Wie aus Bonn berichtet wird, veröffentlichten sechszig Hochschullehrer einen Protest gegen die Erklärung des Centrumsabgeordneten Professor Lauscher in der preussischen Landesversammlung, wonach die von ihm vertretene Bevölkerung das Bestreben habe, das Band zu lösen, das sie mit dem Staate Preußen verbindet. Sie bedauern es, daß einer ihrer Kollegen als Vorführer derartiger Behauptungen auftreten sei. Die Schwächung des Staates Preußen würde gleichbedeutend sein mit einer weiteren Väterlandes nach innen und außen.

Keine akute Gefahr mehr.

Amsterdam, 25. Nov. Aus Hans Doorn wird gemeldet: Die behandelnden Aerzte Professor Dymens (Utrecht) und der Leibarzt der Kaiserin, Bachner, geben über das Befinden der vormaligen Kaiserin folgende Nachricht: Der Zustand ist insofern Fortschreitens des Herzleidens ernt, doch erscheint die akute Gefahr zurzeit befohen. Eine ganz leichte Besserung ist seit wenigen Tagen eingetreten.

In Besprechungen mit der Reichsregierung über die Frage der Einwohnervorwehren traf gestern vormittag der bairische Ministerpräsident v. Rahr in Berlin ein. Er nahm in der bairischen Gesandtschaft Wohnung. Der „Deutschen Allg. Zeitung“ zufolge sind Verhandlungen mit dem Reichsfiskus und dem Minister des Auswärtigen in Aussicht genommen. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß v. Rahr auch eine Zusammenkunft mit dem Vorsitzenden der internationalisierten Kontrollkommission, General Nollet haben werde.

Berlin, 26. Nov. Der aus dem Sachverständigen-Beirat des Reichsverkehrsministeriums gebildete Tarifausschuss sah in seiner achtzigsten Sitzung folgende Entschliessung: Der Tarifausschuss hält für die Deckung des Eisenbahnbedarfs neben der sorgfältigen Einschränkung der Ausgaben auch eine Erhöhung der Tarife, und zwar der Personentarife wie besonders der Gütertarife, für unvermeidlich. Die Tarifierhöhung soll zum mindesten im Güterverkehr nicht in der Form eines prozentualen Aufschlags vorzunehmen werden, sondern im Wege der Abstufung und je nach der Tragfähigkeit der einzelnen Güter erfolgen. Die Tarifierhöhung soll so durchgeführt werden, daß die Mehreinnahmen den Teil des Netzbetrages decken, der nicht durch Ersparnis oder andere Maßnahmen getilgt werden kann. Es erscheint wünschenswert, mit der Durchführung dieser Maßnahmen nicht bis zum Beginn des neuen Haushaltsjahres zu warten.

Die Meldung einer Berliner Nachrichtenstelle, daß die inländischen Postgebühren erneut erhöht werden sollen, beruht, wie von der Nachrichtenstelle des Reichspostministeriums mitgeteilt wird, auf Erfindung.

An dem Konarch der christlichen Betriebsräte in Essen, der sich an den Konarch der christlichen Gewerkschaften angeschlossen, erklärte der Reichsarbeitsminister Dr. Braun, der dem Zentrum angehört, es sei zwar erfreulich, daß die Mieten bisher niedrig gehalten werden konnten, aber auf die Dauer würden sich auch die Mieten dem Geldwert anpassen müssen.

Kopenhagen, 26. Nov. Nach einer Meldung aus Maa sind die polnisch-russischen Friedensverhandlungen wieder aufgenommen worden. Die Rechtskommission und die politische Kommission der Friedenskonferenz haben gestern die Ausarbeitung der Amnestiebestimmungen beendet.

Leut „Excelmo“ habe Penques erklärt, er werde sich an die Entscheidung des Obersten Rates halten, der den einzelnen affilirten Regierungen es freistelle, jede Art Handelsbeziehungen mit Anklund aufzunehmen, dagegen jede politische Beziehung mit der Mitterregierung unterlasse. Nach dem „Petit Parisien“ sei die französische Regierung bereit, die französischen Industriellen und Kaufleute zur Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Anklund zu ermächtigen. Als ein Mitglied des Ausschusses das Wort „Blocade“ gebraucht, habe Penques erklärt, daß, wenn die Blockade bestünde — was er nicht glaube —, er sich aus Gründen der Menschlichkeit für ihre Aufhebung einsetzen werde, da es das russische Volk nicht verantwortlich halte für die Fehler seiner Feinde.

Auch der „Matin“ erklärt Lemaire habe angefangen, daß die Regierung die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen französischen und russischen Privatleuten gestatten werde und daß er Gewinner der Mode sei. Die er für unwirksam und gefährlich halte. Von einer Anerkennung der Sowjets könne jedoch keine Rede sein. Dieser Teil der Erklärungen des Ministerpräsidenten sei besonders lebhaft in den Botschaften besprochen worden, wobei man gleichzeitig die Bemerkenswerten Leistungen der französischen Flotte zur Heranziehung der Branagelischen Armee hervorgehoben habe. Bezüglich der Regierung Branagel gehe aus den Erklärungen des Ministerpräsidenten hervor, daß in dem Augenblick, wo Branagel verhandele seine Anerkennung durch Frankreich ganz von selbst hinfällig werde.

Paris, 26. Nov.
Gegenüber den actrigen Darstellungen in der Presse, als ob die Erklärungen des Ministerpräsidenten vor dem Kammerparlament für auswärtige Angelegenheiten bezüglich der Stellung Frankreichs Rußland gegenüber eine Herabsetzung der französischen Politik darstellten, führt eine Tagesnote aus, daß dies nicht der Fall sei. Senaues habe vollständig die Stellungnahme der früheren Regierung Frankreichs den Smetists gegenüber beibehalten. Die französische Regierung erkenne die Smetistregierung nicht an; Frankreich befinde sich aber auch nicht im Kriege mit Rußland; es werde für sie also auch keine Blockade Rußlands, und die Privatleute könnten nach wie vor auf ihre Rechnung und Gefahr Handel treiben, mit wem es ihnen ausstehe; jedoch könnten sie nicht den Ton der französischen Regierung in Anspruch nehmen, wenn sie für ihre Barerlieferungen nichts erhielten. Dieser Standpunkt Senaues' bedeute sich mit dem Willens, den private Handel mit Rußland sei also nie unterbrochen worden, aber in den meisten Fällen hätten die Kaufleute, die mit Rußland Geschäfte zu machen versuchten, zumeist die erapischen, erfahren müssen, daß die verschiedenen Garantien bei dem Versuch, sie zu verwirklichen, als illusorisch erwiesen.

ms. Stettin, 26. Nov.

Der deutsche Volksabstimmungskommissar in Rattowitz, Arnbeck, richtete heute zwei Telegramme an General Brand. Im ersten Telegramm warnt er davor, die Mißthats bei der Aufstellung der von der hohen Kommission geordneten Abstimmungsvollzie, die aus Rangel an ge-
wünschter polizeilicher Vorrichtung veranlaßt, bei der Umbildung der blauen Vollzie zu wiederholten Einbruch, Brand und Mord seien an der Tagesordnung. Die hohe Kommission habe die Verantwortung für die Sicherheit des Landes, die Folgen verheerlicher Exzesse trage aber das ober-
schlesische Volk, und steht seinen alle Angelegenheiten dafür vornehmenden, das Obereschlesien von neuem vor schweren Grei-
gen stehende.

Im zweiten Telesgramm protestiert Arbanek gegen den ausschließlich samlischer Staats- und Kommunalbeamten und der Geistlichkeit von der Teilnahme an den öffentlichen Abstimmungsbehörden da die Beamten und Geistlichen nach der deutschen Reichsverfassung politische Bürger mit allen Rechten und Pflichten seien. Der Kommissar bittet die hohe internationalisierte Kommission, durch eine gemeinsame Verordnung diese Frage zu regeln; die jetzige Methode einer Vielzahl von einzelnen Verordnungen nicht öffentlichen Charakters über den Abstimmungsapparat der einzelnen Kreise wäre zur Ungleichmäßigkeit.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags fand der Entwurf des Gesetzes, das Oberschlesien die Selbständigkeit eines Bundesstaates verleiht, zur zweiten Beratung. Reichskanzler Bethenbach wies in längeren Ausführungen auf die Bedeutung und Unentbehrlichkeit Oberschlesiens für das ganze deutsche Wirtschaftsleben hin. Der Ruf nach bundesstaatlicher Selbständigkeit sei durch die Agitation von polnischer Seite zu einem entscheidenden Faktor bei der kommenden Abstimmung geworden. Es sei jetzt der erste Fall, wo die Neugliederung des Reiches sich in einem Teil vollziehe. Der Reichskanzler hat die Parteien, eine allseitige Debatte über die Neugliederung des Reiches in diesem Augenblick zu vermeiden. Es äußerten sich dann die einzelnen Parteien zu dem Gesetzesentwurf. Der Redner der Deutschnationalen lehnte den Entwurf ab. Die Deutschnationalen seien der Meinung, daß das Abstimmungs-ergebnis durch ein solches Gesetz nicht beeinflusst werde. Der Redner der Volkspartei gab seinen Bedenken gegenüber dem Gesetz Ausdruck, weil es der Anfang zur Verbrüderung des preussischen Staates sei. Aber es sei kein Zweifel, daß der Autonomiegedanke in Oberschlesien feste Wurzeln geschlagen habe, dem müsse man Rechnung tragen. Ein Rechtsunabhängiger sprach für den Entwurf, weil er seiner Meinung nach den Grundgedanken einer Neugliederung des Reiches auf rationaler Basis enthalte. Der Linksunabhängige Levi nannte das Gesetz eine Illusion. Demokraten und Zentrum sprachen für das Gesetz. In der Abstimmung erfolgte die Annahme gegen die Stimmen der Deutschnationalen und einiger Kommunisten.

Danzig, 20. Nov. Gegenüber den irreführenden Darstellungen, die Danzigs Wirtschaftslage schwer zu schätzen geeignet sind, wonach Danzig mit dem Zeitpunkt der Einbeziehung in das vollstehende Zollsystem auch unter die politischen Ein- und Ausfuhrverbote falle, wird von unterrichteter Seite darauf hingewiesen, daß Danzig ein selbständiges Ein- und Ausfuhrrecht nach wie vor besitzt und auch nach dem Inkrafttreten der Zollunion mit der Republik Polen besitzen wird.

Der Reichsausschuß zur Vorbereitung des Gesetzes über die Kavitätsflucht hat den Entwurf der Regierung mit einigen Aenderungen angenommen.

Berlin, 28. Nov. Dem Reichstage ist der Entwurf eines Gesetzes über wirtschaftliche Vereinbarungen zwischen Deutschland, Ungarn und der Tschechoslowakei sowie Oesterreich zugegangen. Dem Wirtschaftsabkommen mit der Tschechoslowakei ist ein Protokoll über die Einlösung von Kriegsanleihen und Rapens und von Schuldverschreibungen ihr verstaatlichte Privatbahnen beigelegt. Des Weiteren ist mit der Tschechoslowakei ein Abkommen über die Anwendung des Artikels 297 des Versailler Vertrages (Liquidationsrecht) und ein Staatsangehörigkeitsvertrag abgeschlossen worden. Die Uebereinkommen bauen sich auf dem alten deutsch-österreichisch-ungarischen Handelsvertrag auf und stellen in weitem Umfange die alten Friedensbeziehungen wieder her. Anhalt der zolltariflichen Abrede ist als Grundlage die Meistbegünstigung getreten. Bekanntlich steht der Tschechoslowakei aus dem Versailler Vertrag das Recht der Meistbegünstigung und gegenüber bereits zu, ohne die Verpflichtung zur Gegenseitigkeit. Die Prager Regierung hat sich indes der Erkenntnis nicht verschlossen, daß ein nadelstichsches Zusammenarbeiten der seit Jahrhunderten wirtschaftlich engverbundenen Nachbarländer nur durch Vertragsrecht möglich ist, das Deutschland als gleichberechtigten Faktor im Wirtschaftsleben anerkennt. Besonders wichtig war die Durchfuhrfrage. Der Friedensvertrag sicherte den Allirten und assoziierten Mächten das Recht der freien Durchfuhr durch Deutschland, Oesterreich und Ungarn. Es mußte unser Verzeihen sein, auch uns die freie Durchfuhr nach Osten zu sichern. Und dies ist nun auch in der Tschechoslowakei geschehen. — Ferner sind die Erleichterungen des Grenzverkehrs und der Grenzüberwachung wiederhergestellt und der gegenseitige Eisenbahnverkehr geregelt. Mit der Tschechoslowakei ist ein Abkommen über den gegenseitigen Bezug von Kohlen geschlossen worden. Mit der Tschechoslowakei und Oesterreich wurden ferner gewisse finanzielle Fragen, insbesondere über die Sparanleihen und die Behandlung österreichischer und ungarischer Kriegsanleihen im Eigentum von deutschen Staatsangehörigen fest geregelt. Auf das Liquidationsrecht hat die Tschechoslowakei nicht in vollem Umfange verzichtet; aber sie hat es auf diejenigen Unternehmungen beschränkt, deren Uebergang in die eigene Einflußsphäre im allgemeinen wirtschaftlichen oder sozialen Interesse geboten erscheint. Durch diese Zugeständnisse ist es möglich geworden im Staatsangehörigkeitsabkommen zu vereinbaren, daß den deutschen Reichsangehörigen, die nicht in den Abtretungsgebieten, sondern in der übrigen Tschechoslowakei vor Gründung dieses Staates anfallen waren, die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten werden kann.

Wiesbaden, 20. November.